

HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 06/18

www.hamburgerforum.org



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

13. August 2018

zu unserer Kundgebung am Hiroshimatag kamen etwa 60–70 Menschen, um gegen den atomaren Wahnsinn zu protestieren. Die beiden Rednerinnen, Kerstin Rudek von der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und Ellen Baumann vom Hamburger Forum, betonten besonders den Aspekt, dass es keine friedliche Nutzung der Kernenergie gibt, sondern dass die Möglichkeit der militärischen Nutzung der Technik immer eine wesentliche Rolle spielt. Ab Seite 2 dokumentieren wir zunächst die Rede von Ellen Baumann. Auch die musikalische Darbietung von René Buschmann, der dankenswerterweise für den verletzten Kai Degenhardt eingesprungen war, war eindrucksvoll. Am Vormittag fand in der Innenstadt ein Schweigemarsch statt, der mit einer Kundgebung auf dem Rathausmarkt ausklang. Dort sprachen Vertreterinnen von IPPNW und ICAN sowie eine Vertreterin des Senats. Dieser wurde vom ehemaligen Hauptpastor von St. Petri, Störmer, daran erinnert, dass mahnende Worte nicht ausreichen. Hamburg müsse sich an seine Verfassung halten, in deren Präambel es heißt, Hamburg wolle eine Mittlerin zwischen den Völkern sein. Durch den Waffenumschlag im Hafen sei jedoch das Gegenteil der Fall. Durch bei uns umgeschlagene Munition und Waffen werden weltweit Menschen getötet. [Die gesamte Rede findet ihr auf unserer Webseite.](#)

Am ersten Septemberwochenende wird es gleich mehrere Möglichkeiten geben, unseren Widerspruch zur militarisierten Politik der Bundesregierung und ihrer Verbündeten sichtbar werden zu lassen. Da ist zunächst mal unsere Demonstration zum Antikriegstag:

1.9. 2018: Antikriegstagsdemonstration

Samstag ● 14 Uhr ● Deserteursdenkmal ● S-Bahn Dammtor/U-Bahn Stephansplatz

Das Flugblatt zum Antikriegstag ist Bestandteil dieses Rundbriefs. Werbematerialien (Flugblätter sowie Plakate in A1 und A3) könnt ihr über Holger Griebner beziehen: Telefon 890 35 73. Schon ab 12.30 Uhr gibt es am Deserteursdenkmal ein Kulturprogramm des Bündnisses Hamburger Deserteursdenkmal.

Am Sonntag, den 2. September finden dann gleich zwei Demonstrationen statt. Im niedersächsischen Unterlüß wird gegen das dortige Werk der Firma Rheinmetall protestiert, die dort Panzer produziert. Rheinmetall ist einer der größten Munitionshersteller weltweit:

Demonstration: „Rheinmetall entwaffnen – Krieg beginnt hier“

Sonntag, 2.9. ● 13 Uhr ● Unterlüß, Bahnhof

Den Aufruf zu dieser Demonstration findet ihr hinten im Rundbrief (Seite 4). Vom Hauptbahnhof mit dem Metronom 10.57 Uhr über Uelzen gibt es kostengünstige Fahrgelegenheiten. Die Demonstration ist Teil der Aktionswoche „Rheinmetall entwaffnen. Krieg beginnt hier“. Den Rahmen bildet ein spektrenübergreifendes Camp vom 29. August bis zum 4. September mit Bildungsveranstaltungen und Kulturprogramm beim Produktionsstandort von Rheinmetall in Unterlüß, mitten in Niedersachsen zwischen Hannover und Hamburg. Weitere Informationen findet ihr unter <https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org>.

Außerdem organisiert die internationale Bewegung Seebrücke eine Demonstration in Hamburg:

Großdemonstration der Seebrücke: Hamburg zum sicheren Hafen

Sonntag, 2.9. ● 14.30 Uhr ● Landungsbrücken

Den Aufruf zu der Demonstration findet ihr ebenfalls im Rundbrief (Seite 4). Weitere Informationen findet ihr unter <https://seebruecke.org/events/hamburg-zum-sicheren-hafen/>. Dass Flüchtlinge und MigrantInnen auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer ertrinken oder in der Sahara verdursten, ist eine Schande für unser Land, besonders da die Ursachen für Flucht und Migration wesentlich von der Politik der Bundesregierung

gen und der deutschen Wirtschaft mitverursacht werden: Kriege, Militäreinsätze, Waffenexporte führen zu Flucht und Vertreibung. Aber auch ungleiche Wirtschaftsbeziehungen, Freihandelsabkommen, internationaler Fischfang und der Klimawandel tragen dazu bei, dass Menschen ihre Heimat verlassen, um in Europa ein besseres Leben zu suchen. Die Würde des Menschen wird mit Füßen getreten, wenn alles getan wird, um sie daran zu hindern, nach Deutschland zu kommen – und nichts, um die Ursachen der Migration zu beseitigen. Leider stehen Friedensbewegung und Flüchtlingshilfe bislang nebeneinander, woraus sich die Zersplitterung der Aktionen ergibt. Wir werden uns mit einem eigenen Beitrag an der Demonstration beteiligen.

Wer sich noch stärker engagieren möchte, sei auf unsere Sitzungen hingewiesen, auf denen wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

Dienstag, 4.+18.9., 2.10. ● 18.00 Uhr ● Curio-Haus ● Rothenbaumchaussee 15

Wer mitarbeiten möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns (Adresse und E-Mail unten auf Seite 1).

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

Rede von Ellen Baumann am Hiroshimatomag

Deutschland muss dem UN-Verbotsvertrag für Atomwaffen beitreten

Im vergangenen Jahr wurde der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen von 122 Mitgliedstaaten der UNO beschlossen. Derzeit läuft die Unterzeichnung. Ihr habt alle davon gehört und wir können ICAN gar nicht genug für die Unterstützung dieser Initiative danken.

Es gibt einen weiteren internationalen Vertrag in diesem Zusammenhang, den Atomwaffensperrvertrag oder Nichtverbreitungsvertrag, der in diesem Jahr 50 Jahre alt wurde. Es gab keine großen Feiern zu diesem Jahrestag – wahrscheinlich möchten wichtige Meinungsbildner das Thema Atomwaffen nicht gern diskutiert sehen.

Zunächst einmal enthält auch der Atomwaffensperrvertrag von 1968 die grundlegende Aussage, dass Atomwaffen die Menschheit insgesamt gefährden. Er enthält deshalb nicht nur die Forderung nach Beschränkung atomarer Bewaffnung, sondern die unterzeichnenden Atomwaffenstaaten verpflichten sich zur Abrüstung. Ich zitiere:

„Artikel VI. Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrennens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.“

Dass der Atomwaffensperrvertrag an diesem Punkt in den vergangenen 50 Jahren gründlich gescheitert ist, ist eindeutig: Heute gibt es mehr Atomwaffen als damals und weltweit über 14.000 nukleare Sprengköpfe. Und alle Atomstaaten modernisieren ihre Arsenale.

Doch der Atomwaffensperrvertrag hatte noch ein weiteres Ziel, nämlich die weltweite Verbreitung der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomtechnik. Ich zitiere aus dem Vertrag:

„Artikel IV (1). Dieser Vertrag ist nicht so auszule-

gen, als werde dadurch das unveräußerliche Recht aller Vertragsparteien beeinträchtigt, unter Wahrung der Gleichbehandlung ... die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln.

(2) Alle Vertragsparteien verpflichten sich, den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern, und sind berechtigt, daran teilzunehmen. Vertragsparteien, die hierzu in der Lage sind, arbeiten ferner zusammen, um allein oder gemeinsam mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen zur Weiterentwicklung der Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke ... unter gebührender Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsgebiete der Welt beizutragen.“

An diesem Punkt war der Vertrag in der Tat sehr erfolgreich, mit dem Ergebnis, dass weltweit – trotz der Katastrophen von Tschernobyl und Hiroshima – ca. 450 Atomreaktoren in Betrieb sind und immer noch weitere geplant und gebaut werden, derzeit insbesondere im Nahen Osten, in Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien. Die im Betrieb befindlichen Kraftwerke sind inzwischen zumeist veraltet und werden täglich gefährlicher. Die Atommüllfrage wird täglich drängender, es gibt kein sicheres Endlager für die atomaren Abfälle, nirgendwo. Zu den Folgen dieses internationalen Vertrages gehört also auch die weitere nachhaltige Verseuchung des Planeten.

Meine Lebenserfahrung sagt mir: Es ging nicht allen Mächten, die an der Entstehung des Atomwaffensperrvertrages beteiligt waren, wirklich um atomare Abrüstung. Es ging wohl manchen zuallererst um die kontrollierte Weiterverbreitung der Atomtechnik – denn sie war

zu dieser Zeit ein „Bombengeschäft“. Seit Anfang der 1960er Jahre drängten vor allem die großen Konzerne, die in den USA Kernkraftwerke gebaut hatten, in Richtung Export, um ihre Gewinne zu maximieren.

Mit der Nutzung der Kernenergie für die sogenannte friedliche Energieerzeugung entwickeln Staaten aber auch Fähigkeiten zum Bau der Bombe. Deshalb sah der Atomwaffensperrvertrag Kontrollen durch die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) vor. Sie sollte beobachten und prüfen, inwieweit Länder, die nicht zu den Atomwaffenstaaten gehören, aber die Atomenergie nutzen, die ihnen auferlegten Beschränkungen auch einhalten und nicht atomar rüsten.

Letzten Endes erleichterte damit der Atomwaffensperrvertrag den globalen Export von Kernkraftwerken und entsprechendem Know-how, denn er sorgte zugleich für eine internationale Kontrolle – wobei hier einige Staaten immer „gleicher“ waren als andere – siehe die Auseinandersetzung um die Kernkraft im Iran. Wo es „gefährlich“ wird, wird immer noch vor allem von den dominierenden westlichen Staaten definiert.

Die USA haben also nicht nur durch die Entwicklung, das Testen und schließlich den ersten Einsatz von Atombomben in Hiroshima und Nagasaki die Verseuchung der Erde und Krankheit und Tod sehr vieler Menschen zu verantworten. Auch mit dem Anstoß zum globalen Export der Atomtechnik und der Propagierung ihrer vermeintlichen Segnungen haben sie in ungeheurem Ausmaß zur Verseuchung der Erde beigetragen. Heute profitieren andere von solchen Exporten, insbesondere auch Russland – aber der Ursprung liegt hier.

Viele Staaten, wie auch Deutschland, haben die Atomtechnik importiert – offiziell zur Nutzung der zu dieser Zeit hochgepriesenen Zukunftsenergie Atomkraft, inoffiziell aber auch, weil sie im eigenen Land über das Know-how und die Materialien zum Bombenbau verfügen wollten.

Heute stehen wir vor den ständig steigenden Gefahren, die von veralteten Kernkraftwerken ausgehen und von den umfangreichen globalen Transporten zu ihrer Versorgung – auch hier in Hamburg –, und vor der Unmöglichkeit zur langfristig sicheren Entsorgung der stetig anwachsenden Abfälle. Und gleichzeitig werden die Atomwaffen in den inzwischen neun Atomwaffenstaaten mit horrenden Summen modernisiert.

Und auch jetzt sind es Großunternehmen in den USA, die sich vom Programm zur Modernisierung der Atomwaffen riesige Profite erhoffen – diesmal die großen US-Waffenproduzenten, die durch ihre Lobbypolitik und Finanzspritzen an Politiker enormen Einfluss haben.

Um diese Pläne durchzusetzen braucht es aber wieder ein Feindbild, wie man es seinerzeit mit der Sowjetunion konstruiert hatte. Dafür reicht das kleine Nordkorea nicht, auch nicht China, das sein Atomwaffenarsenal erst aufbaut, und auch nicht Iran, das bis jetzt noch gar keine Atomwaffen besitzt. Dazu braucht man einen wirklichen Atomstaat mit einem umfangreichen Waf-

fenbestand. Und das ist in der Nachfolge der Sowjetunion Russland. Das ist der Grund, weshalb man in den USA über Parteigrenzen hinweg so über Trump herfiel, als er sich mit Putin getroffen hatte: Das Feindbild Russland, personifiziert in Putin, wird derzeit in den USA und den verbündeten Staaten gebraucht, um die extrem kostspielige Modernisierung der Atomwaffen und die Aufrüstung generell begründen zu können. So erklären sich die teilweise absurden Anschuldigungen gegenüber Russland.

Bei den Gesprächen mit Trump in Helsinki schlug Putin den USA einen neuen Abrüstungsdialog vor. Die russische Regierung strebt Gespräche über atomare Abrüstung an. Das scheint aber derzeit nicht im Interesse mächtiger Kreise in den USA zu sein; das gilt über die Parteigrenzen hinweg und auch schon für die Ära Obama.

Doch die Lösung auf internationaler Ebene kann es nicht sein, weiter zu warten, bis sich die großen Atomkräfte auf Gespräche einlassen. Die atomare Abrüstung wurde seit 50 Jahren versprochen und die Versprechen wurden nicht eingehalten. Die Lösung kann nur ein Verbot der Atomwaffen sein, ausgesprochen von der Mehrheit der Staaten der Welt! Vor dem Atomwaffenverbotsvertrag sind alle Staaten gleich: Produktion, Lagerung, Transport und Einsatz von Atomwaffen sind verboten. Alle Staaten müssen sich der entsprechenden Überprüfung unterziehen. Es ist völlig unverständlich, warum Atomwaffen – die Massenvernichtungswaffen schlechthin – nicht ebenso verboten sind wie chemische und biologische Waffen!

Die Nutzung der Kernenergie und das Interesse an Atomwaffen gehören zusammen, das war immer unsere These. Viele Staaten haben für die Energieerzeugung auf die keineswegs billige Kernkraft gesetzt, weil sie auch die Technik zum Bau der Bombe beherrschen wollten – und das ist heute noch so. Das heißt im Umkehrschluss aber auch: Das Verbot der Atomwaffen wäre zugleich der Todesstoß für die sogenannte friedliche Nutzung, der längst überfällig ist.

Die Staaten der Erde könnten dann endlich dazu übergehen, alle Reste und Abfälle der Produktion von spaltbarem Material so gut wie möglich zu bergen und zu sichern – statt erneut ungeheure Mittel in einer sinnlosen und hochgefährlichen Todesmaschinerie zu binden.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten! Damit wäre zugleich die Forderung verbunden, die in Büchel lagernden US-Atomwaffen abzuziehen – und nicht zu modernisieren!

Und wir fordern die Bundesregierung auf, auf dem internationalen Parkett für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags zu werben – damit könnte sie endlich und wirklich die internationale Verantwortung wahrnehmen, die sie so gerne für sich in Anspruch nimmt, wenn sie in den Krieg zieht!

Aufruf zur Demonstration am 2.9.2018 in Unterlüß [„Rheinmetall entwaffnen – Krieg beginnt hier“](#)

Waffen aus Deutschland sind bei Kriegen in aller Welt im Einsatz. Deutschland liegt bei den Rüstungsexporten auf dem 4. Platz. In den letzten 10 Jahren konnte der deutsche Konzern Rheinmetall ohne großen Aufschrei zu einem der größten Munitionslieferanten der Welt aufsteigen. Rüstungsexportkontrolle bleibt geheim oder wird umgangen. So schafft es Rheinmetall, über Tochtergesellschaften in Italien, Südafrika und Polen sogar, die wenigen bestehenden Rüstungsexportregeln zu umgehen und seine Erzeugnisse auch in Kriegs- und Krisenregionen zu verkaufen. Rheinmetall besteht in Unterlüß in der Südheide seit 1899 und ließ im 2. Weltkrieg Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter*innen und jüdische Frauen aus dem KZ Bergen-Belsen Waffen herstellen. Heute baut die Rheinmetall Waffe Munition GmbH dort u.a. Kampfpanzer wie Leopard 2. Das Unternehmen betreibt dort auch ein 50 qkm großes Erprobungsgelände für Munition und Waffen. Es wirbt damit, dass es das größte in Europa ist.

Die Folgen sind profitbringend und blutig zugleich: Im Jemen sterben Menschen durch Bomben, die Rheinmetall in Italien produziert hat. Die Türkei führt mit Leopard-2-Panzern im nordsyrischen Afrin einen völkerrechtswidrigen Krieg. In Zusammenarbeit mit dem türkischen Regime strebt Rheinmetall den Bau einer Munitionsfabrik und die Produktion von Panzern in der Türkei an. Rheinmetall baut eine Fabrik für FUCHS-Radpanzer in Algerien. Diese Auflistung lässt sich lange fortsetzen.

Zwar lehnen rund 80% der Bevölkerung Deutschlands Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete ab, doch lassen sich die Verantwortlichen davon wenig beeindrucken. Das Gerede von Exportkontrollen und Menschenrechten spielt in der Realität kaum eine Rolle. Die deut-

sche Politik verteidigt im Ausland keine hohen Werte, sondern genehmigt immer wieder den Export von Kriegsgerät auch in Krisenregionen. Und sie fördert damit Fluchtursachen!

Die vielfältigen Aktionen in Unterlüß rund um den Antikriegstag am 1. September bedeuten für uns nicht nur den Widerstand gegen einen Rüstungskonzern, sondern das Eintreten für eine andere Welt. Wir wollen den Beschäftigten in den Rüstungsbetrieben nicht ihre Arbeitsplätze nehmen, sondern über die Umstellung auf zivile und ökologische Produktion diskutieren. Wir treten für ein weltweites friedliches und soziales Miteinander anstelle von Mord und bitterer Konkurrenz ein. Wir wollen ein klares Zeichen setzen gegen Rüstungsproduktion und dessen direkte und indirekte Folgen wie Krieg, Terror, Flucht und Armut.

Deshalb rufen wir alle demokratisch gesinnten und verantwortungsbewussten Menschen auf zu einer großen Demonstration: am Sonntag, 2. September ab 13 Uhr in Unterlüß (Bahnhof).



René Buschmann bei der Kundgebung zum Hiroshimatag in Hamburg am 6.8.2018. Foto G. Krützfeldt

2. 9., 14.30 Uhr: Großdemonstration der Seebücke [Hamburg zum sicheren Hafen](#)

Wenn die Regierungen in Europa versagen, dann liegt es an den Städten zu handeln! Barcelona, Palermo, Berlin sind schon mit gutem Beispiel vorangegangen. Wir Hamburger*innen heißen Menschen in Not willkommen! Wir fordern vom Senat der Stadt Hamburg – des „Tors zur Welt“ – die Tore für Schutzsuchende weit zu öffnen und:

- Hamburg öffentlich zum Sicheren Hafen für Gerettete aus dem Mittelmeer zu erklären.
- Allen Rettungsschiffen freies An- und Ablegen zu garantieren.
- Die Aufnahme von Geflüchteten aus dem Mittelmeer in Hamburg offensiv anzubieten.
- Die Behörden anzuweisen, alle Möglichkeiten zu nutzen, Visa und Gruppenbleiberechte für Gerettete auszustellen.

- Hierbei nicht auf die Genehmigung von Horst Seehofer zu warten, sondern selbst zu handeln.

Es wird Zeit, dass die Parteien und Regierungen unser NEIN zum Sterben im Mittelmeer stärker spüren als den Druck der Stammtische.

Deswegen rufen wir zu einer weiteren GROSSDEMONSTRATION der SEEBÜCKE in Hamburg am 2.9.2018 auf!

Die Demonstration beginnt mit einer kurzen Auftaktkundgebung an den Landungsbrücken. Die Route führt dann am Millerntor vorbei, damit Besucher*innen des St.-Pauli-Heimspiels sich nach Ende der Partie der Demo anschließen können. Ziel ist der Rathausmarkt – damit unsere Forderungen dahin getragen werden, wo die Verantwortung zur Umsetzung liegt.